ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmidt, Kunibert; Knipper, Michael; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Die Erwartungen der Industrie für 1997

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmidt, Kunibert; Knipper, Michael; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen (1996) : Die Erwartungen der Industrie für 1997, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 12, pp. 611-621

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/137414

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Erwartungen der Industrie für 1997

Für das kommende Jahr rechnen die Konjunkturforscher mit einem moderaten Wirtschaftswachstum. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 1997 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik?

Kunibert Schmidt

Automobilindustrie: Unsicherheiten überschatten die Perspektiven für 1997

Die Automobilkonjunktur stand 1996 im Schatten einer anhaltenden Verunsicherung der privaten Haushalte und der Unternehmen durch eine immer wieder aufflammende Diskussion über Steuer- und Abgabenerhöhungen. Sie konnte durch positive Faktoren wie das niedrige Zinsniveau und den aufgestauten Ersatzbedarf nicht nachhaltig aufgehellt werden. Weder die Sozialpolitik noch die Tarifpolitik vermochten die Skepsis über die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Produktionen am Standort Deutschland auszuräumen. Deshalb setzte sich die Tendenz zum Aufbau von Fertigungsstätten im Ausland fort. Die Wechselkursentwicklung begünstigte zwar den Export, die eingetretene Kursentwicklung reichte jedoch nicht aus, Investitionsentscheidungen zugunsten Deutschlands zu beeinflussen. Das gerade von der deutschen Automobilindustrie erhoffte Signal der Politik, die Stärkung des Standorts Deutschland bei ihren Entscheidungen obenan zu stellen, blieb bisher aus.

Produktion stagniert im Jahresverlauf

In den ersten zehn Monaten 1996 wurde das Produktionsvolumen des Vorjahres zwar um 4% übertroffen, jedoch entspricht dies im Jahresverlauf nur einer Stagnation auf dem im IV. Quartal 1995 erreichten Niveau. Dabei kamen positive Impulse vor allem aus dem Export, während der Inlandsabsatz sich verhaltener entwickelte.

Der im Frühjahr 1996 leicht nach oben gerichtete Trend der Pkw-Neuzulassungen kehrte sich in den Herbstmonaten um. Das dennoch von Januar bis Oktober erreichte Plus von 6% ist vor allem dem aufgestauten Ersatzbedarf zu verdanken. Inzwischen erreichen die Löschungen von aus dem Verkehr gezogenen Pkw/Kombi 86% der Neuzulassungen, ein Zeichen dafür, daß der Bestandsaufbau für den Fahrzeugabsatz eine immer geringer werdende Rolle spielt. Der Automobilmarkt ist damit in ein Stadium eingetreten, in dem der Zyklus der Ersatzbeschaffungen entscheidenden Einfluß auf den Absatzverlauf besitzt.

Der insgesamt stabile Anteil deutscher Marken am inländischen Pkw-Markt bestätigt die von zahlreichen Innovationen und einer immer breiteren Fächerung der Modellpalette geprägte Angebotsstrategie der heimischen Hersteller. Wie der Rückgang des Anteils von in Deutschland gefertigten Fahrzeugen jedoch zeigt, greifen deutsche Hersteller auch zur Versorgung des Inlandsmarktes immer stärker auf Produkte ihrer ausländischen Fertigungsstätten zurück. Inzwischen wird bereits jeder zehnte im Inland abgesetzte Pkw/Kombi mit deutschem Markenzeichen im Ausland gefertigt.

Die westeuropäischen Pkw-Märkte erlebten insbesondere im ersten Halbjahr 1996 eine kräftige Expansion, die sich im Jahresver-

lauf jedoch zunehmend abschwächte. Davon profitieren auch die deutschen Anbieter dank ihrer attraktiven Produktpalette, die auch dank der durch die Abschwächung der deutschen Währung wieder etwas verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihre Marktanteile verbessern konnten. Dies gilt auch für den Export in die USA und nach Japan. Insgesamt verzeichnete so die Pkw-Ausfuhr in den ersten zehn Monaten 1996 einen Anstieg um 7%.

Uneinheitlich verlief dagegen die Entwicklung im Nkw-Sektor. Während die Produktion von leichten Nkw tendenziell anstieg und von Januar bis Oktober um 10% diejenige der entsprechenden Vorjahresmonate übertraf, erlebten die schweren Nkw einen scharfen Produktionseinbruch um 15%. Der Absatzrückgang bei den schweren Fahrzeugen war zwar bei den Auslandsmärkten besonders ausgeprägt, erfaßte jedoch zunehmend auch das Inland.

Die konjunkturellen Perspektiven für 1997 werden von den anhaltenden Unsicherheiten der Finanz- und der Sozialpolitik überschattet. Ob sich die von vielen Beobachtern erwartete leichte Aufwärtsentwicklung der Automobilnachfrage im kommenden Jahr durchsetzen wird, bleibt daher fraglich.

Auslandsproduktion wächst

Die Auslandsfertigung von Kraftfahrzeugen mit deutschen Markenzeichen erhöhte sich von Januar bis Oktober 1996 mit 12% dreimal so stark wie die Inlandsproduktion. Damit erreichte sie über 36% der Gesamtproduktion deutscher Hersteller, ein Zeichen für die zunehmende Globalisierung in der Automobilindustrie. Im Nkw-Sektor wird nicht einmal mehr die Hälfte der „deutschen" Fahrzeuge in Deutschland hergestellt. Auch die deutsche Kfz-Teile- und -Zubehörindustrie ist dabei, ihre Auslandsproduktion weiter zu verstärken. Sie ist bereits in nahezu 70 Ländern mit Lizenzfertigungen oder eigenen Produktionsstätten vertreten.

Globalisierung ist nicht gleichzusetzen mit Standortflucht, so wie es in der Öffentlichkeit gerne behauptet wird. Viele Auslandsengagements sind Folge der Notwendigkeit, in den neu aufstrebenden Märkten, sei es in Lateinamerika, in Ost- und Südostasien oder auch in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten für den dortigen Bedarf vor Ort zu produzieren. Meist spielt auch die mit dem Infant-Industry-Argument begründete Abschottung dieser Märkte eine ausschlaggebende Rolle bei den Investitionsentscheidungen. Derartige Projekte vermögen sogar über viele Jahre hin auch für die inländische Industrie zusätzliche Produktionsimpulse zu vermitteln, etwa in Gestalt von Lieferungen von Teilesätzen oder Aggregaten für die im Ausland aufgenommenen neuen Produktionen.

Anders steht es jedoch um an internationalen Kostendifferenzen orientierte Investitionen in Ländern mit Kostenvorteilen. Ihr wachsender Anteil an den gesamten Direktinvestitionen im Ausland (1995: 4,5 Mrd. DM) gibt Anlaß zur Sorge, denn er bedeutet, daß Absatzchancen für deutsche Produkte nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland führen. Dabei ist es im Prinzip gleichgültig, ob es sich um echte Produktionsverlagerungen vom In- in das Ausland handelt oder ob für neue Fertigungen nach einer gründlichen Kostenabwägung von vorneherein Standorte im Ausland bevorzugt werden. An Beispielen für beide Alternativen fehlt es leider nicht.

Dennoch, Deutschland bleibt Zentrum aller Aktivitäten der deutschen Automobilindustrie. Gegen den allgemeinen Trend hat sie 1996 ihre Investitionen im Inland um mehr als ein Fünftel gesteigert. Mit Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 14 Mrd. DM vermochte sie wieder einen beachtlichen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer inländischen Produktionsstätten zu leisten. Dennoch droht sich der Verlust von Arbeitsplätzen in der deutschen Automobilindustrie – im September 1996 waren es nochmals 3400 weniger als 12 Monate zuvor – weiter – wenn auch verlangsamt – fortzusetzen. Nur eine Verbesserung der Standortbedingungen, insbesondere eine Senkung der Lohnkosten und der Unternehmenssteuern, würde diesen Trend zum Stillstand bringen können.

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 51, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 44, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V in Wiesbaden/Bonn.

Dr. Franz-Josef Wissing, 57, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 59, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

21. APR. 1997 Weltwirtschaft Kiel

Finanz- und Sozialpolitik gefordert

Die aufgeregten finanzpolitischen Debatten des Jahres 1996 waren alles andere als geeignet, die Zuversicht der Automobilindustrie zu stärken. Selbst wenn nach dem Abschluß des Vermittlungsverfahrens in einzelnen Bereichen, wie etwa durch den Wegfall der betrieblichen Vermögensteuer, Verbesserungen eintreten sollten, bleibt eine spürbare Senkung der Nettosteuerbelastung der Unternehmen aus. Die Sozialversicherungsbeiträge werden zum 1. 1. 1997 allen Ankündigungen der Politik zum Trotz, man strebe eine Senkung der Lohnnebenkosten an, erneut angehoben. Dennoch bleiben die Unsicherheiten, etwa über die Zukunft der Rentenversicherung fortbestehen, da es nicht gelingt, die Ausgabenentwicklung ausreichend zu bremsen. Damit fehlt auch der Spielraum für eine spürbare Entlastung der Unternehmen.

Zwar konnten neuerliche Erhöhungen der spezifischen Belastungen des Automobils vermieden werden, doch waren immer neue Auseinandersetzungen zu Stichworten wie Autobahngebühr und Mineralölsteuer nicht geeignet, die Verbraucher zu beruhigen. Für die Automobilindustrie verlief auch die Diskussion um die mit dem Jahressteuergesetz 1996 in Kraft getretene Verschlechterung der steuerlichen Behandlung von Dienst- und Geschäftswagen enttäuschend. Damit wurde gerade die Nachfrage im oberen Pkw-Marktsegment gedrosselt, das für die deutschen Automobilhersteller eine besondere Bedeutung besitzt. Hier drängt der deutsche Gesetzgeber die Nachfrage leichtfertig in Marktsegmente, wo Anbieter mit einer günstigeren Kostensituation über Vorteile verfügen und schwächt so die Innovationsträger der deutschen Automobilhersteller und ihrer potenten Zulieferer. Das Scheitern aller Bemühungen um eine Korrektur wird von der deutschen Automobilindustrie als Unvermögen der deutschen Politik, ihre Entscheidungen an dem Ziel der Standortsicherung auszurichten, verstanden.

Auch die Behandlung des Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetzes hat sich bisher wenig an den Bedingungen orientiert, denen die deutsche Automobilindustrie sich im Wettbewerb ausgesetzt sieht. Die eingetretenen Verzögerungen bei der Behandlung durch den Gesetzgeber haben die Unternehmen verunsichert. Hierfür sind vor allem überzogene umweltpolitische Zielsetzungen verantwortlich, die nicht im Einklang mit den europarechtlichen Rahmenbedingungen und den technischen Möglichkeiten stehen.

Obwohl die EU-Kommission der Bundesregierung entgegenzukommen versucht, steht die Anknüpfung der steuerlichen Forderung von emissionsarmen Pkw an in der Gemeinschaft noch nicht verabschiedeten Abgasstandards (EURO 4) in Konflikt zu geltendem EU-Recht und kann deshalb jederzeit von einem anderen Mitgliedsland angegriffen werden. Allein dies stellt für die Automobilhersteller ein schwer kalkulierbares Risiko dar. Da die Stufe EURO 4 für Diesel-Pkw technisch nicht erfüllbar ist, würde eine Verabschiedung der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Regelung zugleich den Diesel diskriminieren, ohne den die Zusage der Automobilindustrie, den Kraftstoffverbrauch ihrer Fahrzeuge bis zum Jahr 2005 um ein Viertel zu senken, nicht zu erfüllen ist.

Auch die Sozialpartner bleiben gefordert, wenn es um die Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland geht. In der Tarifpolitik sind Ansätze für eine auf Kostensenkung orientierte Politik inzwischen erfreulicherweise erkennbar. Ob sie sich in den Abschlüssen konkretisieren werden, ist derzeit jedoch noch nicht abzusehen. Ohnehin bleibt festzuhalten, daß eine einmalige Zurückhaltung der Tarifpartner nicht ausreichen würde, die Standortbedingungen entscheidend zu verbessern. Zu fordern ist vielmehr eine mehrjährige Senkung der Lohnkosten. Sie allein können die Beschäftigungschancen in der deutschen Automobilindustrie wieder verbessern.

Volker Marnet
Eigenschaften und Bestimmungsfaktoren von Finanzmarkterwartungen
Eine theoretische und empirische Analyse unter Verwendung der ZEW-Finanzmarkttestdaten
1996, 306 S., brosch., 88,– DM, 642,– öS, 80,– sFr, ISBN 3-7890-4427-X
(Schriftenreihe des ZEW, Bd. 13)

NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden

Michael Knipper

Die Lage der Deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1996/97

Die baukonjunkturelle Lage stellt sich zum Jahreswechsel 1996/97 schlechter dar, als noch vor einem Jahr erwartet wurde. Die ungünstige Witterung Anfang 1996 führte zu erheblichen Verlusten in der Bauproduktion. Im ersten Halbjahr 1996 lagen die deutschen Bauinvestitionen real um 6,8% unter dem Stand des Vorjahres; dabei war der Rückgang in Ostdeutschland mit 8,1% noch größer als in Westdeutschland mit 6,3%. Zwar hat die Bauproduktion im zweiten Halbjahr 1996 in etwa auf dem Vorjahresniveau stagniert, für das gesamte Jahr ergibt sich allerdings zum ersten Mal seit der Vereinigung ein realer Rückgang der Bauinvestitionen – und zwar um gut 3%.

Die Nachfrageschwäche, die bereits im vierten Quartal 1995 eingesetzt hatte, hielt in den ersten neun Monaten 1996 an. Die Auftragseingänge im deutschen Bauhauptgewerbe waren von Januar bis September 1996 real um 7,4% niedriger als im Vorjahr. Davon waren vor allem der Wirtschaftsbau mit –11,7% und der öffentliche Bau mit –10,3% betroffen. Im Wohnungsbau legten dagegen die Auftragseingänge preisbereinigt um 3% zu; dies ist vor allem auf die nochmals starke Ordertätigkeit in Ostdeutschland (+7,2%) zurückzuführen.

Für die weitere Zukunft ist nicht mit einer Überwindung der Nachfrageschwäche zu rechnen. In den ersten neun Monaten ging in Westdeutschland die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen um 13,7% zurück. Während der nur leichte Rückgang der Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau (-1,6%) für 1997 zumindest eine Stabilisierung verspricht, zeigt der Einbruch bei den öffentlichen Baugenehmigungen um 16,2% die katastrophale Lage im öffentlichen Bau auf.

In den neuen Bundesländern stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen von Januar bis September zwar nochmals um 3,5%, allerdings deutete sich durch den Rückgang bei den genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern bereits eine Tendenzwende an. Der tiefe Einbruch der Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau von über 16% bestätigt die pessimistischen Erwartungen für die Jahre 1996 und 1997. Das leichte Wachstum der Genehmigungen für öffentliche Hochbauten in den neuen Ländern reicht nicht aus, um eine Tendenzwende herbeizuführen, da dieser nur ein Viertel des gesamten öffentlichen Baus ausmacht.

Rückgang der deutschen Bauinvestitionen

Auf der Basis dieser Zahlen rechnet der Hauptverband für 1996 mit einem Rückgang der deutschen Bauinvestitionen um 3,3% (Westdeutschland: –4%, Ostdeutschland: –1,6%). Die Wohnungsbauinvestitionen werden um annähernd 2% zurückgehen. Den deutlichen Rückgang in Westdeutschland kann das abgeschwächte Wachstum in den neuen Bundesländern nicht mehr ausgleichen. Annähernd stabil bleibt dagegen die Zahl der fertiggestellten Wohnungen mit rund 600000, da in Ostdeutschland – hervorgerufen durch das Auslaufen der Sonderabschreibungen im Wohnungsbau – die Zahl der Fertigstellungen nochmals überproportional auf rund 130000 gestiegen ist. Die deutsche Bauwirtschaft hat damit auch in diesem Jahr maßgeblich zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum beigetragen.

Einen starken Einbruch von preisbereinigt über 4% verzeichnet 1996 der Wirtschaftsbau. Der Rückgang um 3% in Westdeutschland, trotz des Wirtschaftswachstums, das bereits 1995 wieder eingesetzt hatte, zeigt deutlich die Probleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Produktionsverlagerungen in das lohnkostengünstige Ausland, insbesondere nach Mittel- und Osteuropa, sowie erhebliche Leerstandsraten bei Büro- und Verwaltungsgebäuden in den westdeutschen Ballungsgebieten sind Hauptauslöser dieser Entwicklung. In Ostdeutschland fällt der Einbruch der Investitionstätigkeit mit 7% noch deutlicher aus. Während die Investitionen der bis dahin dominierenden Bereiche Handel und Dienstleistungen bereits 1995 ihren Höhepunkt überschritten hatten, fehlt bislang die Nachfrage aus dem verarbeitenden Gewerbe nahezu völlig. Auch hierin zeigt sich, daß die neuen Bundesländer von einem selbst-

tragenden Wirtschaftsaufschwung noch weit entfernt sind.

Die schlechteste Entwicklung verzeichnet 1996 der öffentliche Bau, der in beiden Teilen Deutschlands preisbereinigt um rund 6% zurückgeht. Stagnierende oder zurückgehende Steuereinnahmen, wachsende Ausgaben für die soziale Sicherung als Folgelast der hohen Arbeitslosigkeit und daraus resultierende tiefe Einschnitte in der öffentlichen Investitionstätigkeit kennzeichnen die Lage.

Lichtblicke im Auslandsbau

Während die deutsche Baukonjunktur also nach wie vor keine Besserung erkennen läßt, hält der Aufschwung im deutschen Auslandsbau weiter an. 1995 legte der Auftragseingang aus dem Ausland nochmals um über 30% auf 18,5 Mrd. DM zu. Dabei wurden rund zwei Drittel dieser Summe bei ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften deutscher Baufirmen verbucht. Hierin zeigt sich die erfolgreiche Akquisitionstätigkeit deutscher Baufirmen, die in den letzten Jahren weltweit ein dichtes Netz von Beteiligungen aufgebaut haben, um ihre Wettbewerbsposition auf den jeweiligen nationalen Märkten zu verbessern. Zwar sind Zahlen über den Auftragseingang aus dem Ausland für 1996 derzeit noch nicht erhältlich; allerdings deutet sich auf der Basis von Halbjahreszahlen der börsennotierten deutschen Bauaktiengesellschaften an, daß mit einer weiterhin positiven Entwicklung zu rechnen ist.

Konkurrenzdruck durch ausländische Baufirmen

Unter Druck geraten die deutschen Baufirmen allerdings nicht nur durch die ungünstige konjunkturelle Lage, sondern auch durch strukturelle Veränderungen auf der Angebotsseite. Nachdem Anfang der 90er Jahre im Rahmen von Kontingentabkommen vor allem Bauarbeiter aus mittel- und osteuropäischen Staaten auf deutschen Baustellen tätig waren, sind es mittlerweile – nach der Errichtung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes – vor allem Mitarbeiter von Baufirmen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese werden – legalerweise – auch auf deutschen Baustellen zu Heimatlohnkonditionen bezahlt; bei einem Lohnkostenanteil von rund 45% für Bauarbeiten in Deutschland haben diese ausländischen Firmen – die zumeist als Subunternehmer auf dem deutschen Markt auftreten – erhebliche Kalkulationsvorteile, die auch durch die höhere Produktivität der deutschen Baubelegschaften nicht wettgemacht werden können.

1996 stieg die Zahl der Beschäftigten ausländischer Werkvertragsunternehmer um rund 30% auf schätzungsweise 210000; davon waren etwa 135000 auf westdeutschen und 75000 auf ostdeutschen Baustellen tätig. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen im September 1996 mit bundesweit 181000 einen neuen Höchststand und hat sich damit gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1993 verdoppelt. Ende September waren in bauhauptgewerblichen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten etwa 9% weniger Personen tätig als vor einem Jahr. Eine Hochrechnung auf alle Betriebe des Bauhauptgewerbes ergibt damit einen Beschäftigungsrückgang von rund 135000 Personen.

Die Forderung der bauwirtschaftlichen Verbände und der Baugewerkschaft nach Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines tariflichen Mindestlohns auf deutschen Baustellen wurde vielfach als Protektionismus kritisiert. Das eigentliche Ziel dieser Aktivitäten war allerdings, den deutschen Baufirmen lediglich eine zeitlich befristete Atempause zu verschaffen, um den Strukturwandel voranzutreiben. Gleichzeitig sollte damit das bisher starre Lohn- und Gehaltsgitter nach unten durchbrochen werden, um auch deutschen Hilfsarbeitern und geringer Qualifizierten wieder eine Arbeitsmarktchance zu geben. Leider haben die meisten Kritiker diese Chance nicht erkannt.

Nach langen Bemühungen hat der Tarifausschuß beim Bundesarbeitsministerium der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Mindestlohns von 17 DM für Westdeutschland und 15,64 DM für Ostdeutschland zugestimmt – und zwar zunächst befristet für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. August 1997. Mit dieser Lösung wird sowohl der dramatischen Lage in der Bauwirtschaft als auch den ordnungspolitischen Bedenken der Kritiker im Lager der Arbeitgeber Rechnung getragen.

Baukonjunktur 1997

1997 wird sich die Lage für die deutsche Bauwirtschaft – zumindest was die Produktion angeht – noch nicht grundlegend verbessern. Im westdeutschen Wohnungsbau ist aufgrund stagnierender Reallöhne, sinkender Mieten, Leerstände im höherpreisigen Marktsegment, zurückgehender Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau mit einem weiteren realen Rückgang um ca. 3% zu rechnen; gleichzeitig dürfte die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf etwa 410000 sinken. Im westdeutschen Wirtschaftsbau zeichnet sich dagegen nach vier Jahren des Rückgangs eine Stabilisierung der Lage ab. Tritt das vorausge-

sagte Wirtschaftswachstum von 2,5% im laufenden Jahr tatsächlich ein, ist bei Erweiterungsinvestitionen der Unternehmen und zurückgehenden Leerständen bei Bürogebäuden eine Stabilisierung des Wirtschaftsbaus wahrscheinlich.

Dagegen hält die Talfahrt im öffentlichen Bau Westdeutschlands weiter an. Bereits von 1993 bis 1996 gingen die Bauinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden in Westdeutschland preisbereinigt um fast 20% zurück. Aufgrund des Bestrebens aller Gebietskörperschaften, 1997 die Neuverschuldung unter 3% des Bruttoinlandsproduktes zu halten, um ein Beitrittskriterium zur Europäischen Währungsunion zu erfüllen, ist ein weiterer Rückgang der öffentlichen Bautätigkeit um rund 3% zu erwarten.

Stärker dürfte dagegen der Rückschlag im laufenden Jahr in Ostdeutschland ausfallen. Vor allem der Wegfall der Sonderabschreibungen, aber auch Mietpreisrückgänge bei frei finanzierten Wohnungen sowie zurückgehende Wachstumsraten des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte sorgen für einen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um rund 5%, von dem vor allem die Neubautätigkeit betroffen sein wird.

In etwa der gleichen Größenordnung werden auch die Wirtschaftsbauinvestitionen in den neuen Bundesländern zurückgehen. Problematisch ist vor allem, daß im laufenden Jahr das gesamte Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern deutlich zurückgeht und erstmals seit der Wiedervereinigung unter dem Niveau Westdeutschlands liegt. Die damit verbundene generelle Investitionsschwäche ist um so bedenklicher, als die lohnkostengünstigen Länder Mittel- und Osteuropas als direkte Standortkonkurrenten quasi vor der Haustür liegen.

Im öffentlichen Bau Ostdeutschlands, der als erste Sparte bereits 1995 eine zurückgehende Investitionstätigkeit aufwies, ist 1997 nochmals mit einem Rückgang der Investitionen um real 3% zu rechnen. Erstmals gehen Kürzungen der baurelevanten Ansätze im Bundeshaushalt auch zu Lasten der neuen Bundesländer; die hohe Arbeitslosigkeit trifft vor allem die Kommunen und damit den Hauptträger der öffentlichen Investitionstätigkeit. Zudem wird es von Jahr zu Jahr schwieriger, ein Niveau der öffentlichen Bauinvestitionen aufrechtzuerhalten, das rund doppelt so hoch liegt wie im Bereich der alten Bundesländer.

Mittelfristige Perspektiven

Während die kurzfristigen konjunkturellen Aussichten also eher düster sind, ist ab 1998 wieder mit einer bundesweit wachsenden Bautätigkeit zu rechnen. Wachstumschancen ergeben sich dabei für die deutschen Baufirmen vor allem in den folgenden Segmenten:

☐ Die seit dem 1. Januar 1996 gewährte Eigenheimzulage begünstigt besonders die Zielgruppe der „Schwellenhaushalte" mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 3500 und 5000 DM. Damit diese Bevölkerungsgruppe allerdings tatsächlich in der Lage ist, Wohneigentum zu erwerben, sind weitere Anstrengungen im Bereich kostengünstiger Wohnungsbau von Nöten, um die gesamten Investitionskosten im Wohnungsneubau weiter zu reduzieren.

☐ Ein Teil der Erschließungskosten ist von den Baufirmen nicht zu beeinflussen; dazu zählen Baulandpreise, Erschließungskosten, Anschlußgebühren und Architektenhonorare. Dem allgemeinen Ziel, die reinen Baukosten je m² Wohnfläche auf rund 1700 DM zu drücken, sieht sich allerdings auch die deutsche Bauindustrie verpflichtet. Ansatzpunkte sind hierbei die frühzeitige Einbeziehung der Baufirmen in die Bauplanung, um diese zu optimieren; die stärkere Verwendung vorgefertigter Bauteile, um die Lohnkosten zu reduzieren; eine Verkürzung der Bauzeiten, um die Zwischenfinanzierungskosten niedrig zu halten; die Einführung bzw. Wiederbelebung der Serienfertigung bei Reiheneigenheimen. Unverzichtbar ist darüber hinaus allerdings auch die Absenkung von Ausstattungsstandards, da hier das größte Einsparpotential liegt.

☐ Auch mittelfristig ist eine Verbesserung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte in Deutschland nicht in Sicht und eine Trendwende im öffentlichen Bau nicht zu erwarten. Die verstärkte Anwendung privater Finanzierungs- und Betreibermodelle für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen ist daher unabdingbar. Im Bereich der Entsorgung – seien es Kanalnetze, Kläranlagen, Mülldeponien, Bodenreinigungsanlagen – sind deutsche Baufirmen bereits seit Jahren erfolgreich tätig. Eine Übertragung dieser Finanzierungs- und Betriebsmodelle auf den Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist überfällig. Gleichzeitig könnten so die öffentlichen Haushalt entlastet und mehr privatwirtschaftliche Effizienz für Ausbau und Erhalt der Verkehrsnetze mobilisiert werden. Darüber hinaus könnten sich die beteiligten Baufirmen auf diesem Wege zumindest teilweise von der stark zyklischen Entwicklung am Baumarkt abkoppeln.

□ Unverzichtbar bleibt weiterhin ein starkes Engagement im Auslandsbau. Gerade die mittel- und osteuropäischen Reformnationen bieten nicht nur den großen deutschen Bauaktiengesellschaften, sondern auch mittelständischen Spezialbaufirmen für die Zukunft gute Chancen. Das starke Wirtschaftswachstum in diesen Ländern erfordert entsprechende Investitionen in Betriebs- und Verwaltungsgebäude, einen leistungsgerechten Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr sowie Ver- und Entsorgung und ermöglicht über die steigenden Einkommen der privaten Haushalten auch zunehmend wieder Aktivitäten im Wohnungsneubau. Der technologisch hochentwickelten deutschen Bauwirtschaft bietet sich hier die Chance, entweder durch die Erbringung eigener Bauleistungen – z.B. im konstruktiven Ingenieurbau – oder aber durch Joint Ventures mit deutscher Planung und Bauleitung bei überwiegender Ausführung der Arbeiten durch einheimische Bauarbeiter, erfolgreich neue Märkte zu erobern.

Franz-Josef Wissing

Elektrokonjunktur im Zeichen der Globalisierung

Für die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie hat das Jahr 1996 keine durchgreifende konjunkturelle Belebung gebracht. Produktion und Umsätze stiegen im Branchenmittel um rund 2%. Getragen wurde dieses moderate Wachstum von der anhaltend regen Exporttätigkeit und vom gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel im Zuge der Entwicklung von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Die Zahl der Beschäftigten der Elektroindustrie in Deutschland ging von Jahresanfang bis Ende September um 24000 auf 883000 zurück. Die Kapazitätsauslastung legte im Jahresverlauf nur geringfügig von 81,4 auf 82% zu und blieb weiterhin deutlich unter der Normallast von rund 85%.

Im Inland entwickelten sich lediglich die Märkte für Informations- und Kommunikationstechnik sowie entsprechende Software- und Telekommunikationsdienstleistungen positiv. Trotz der insgesamt schwachen Binnenkonjunktur bewegten sich die Zuwachsraten in den Teilmärkten zwischen 3% bei Infrastruktursystemen für die Telekommunikation über mehr als 10% bei informationstechnischer Hardware bis zu mehr als 30% bei mobilen Telefonen. Dynamisch wachsenden Absatzmengen stehen dabei allerdings in allen Teilmärkten sinkende Erlöse gegenüber. Bei den elektronischen Bauelementen legte das Wachstum nach der boomartigen Entwicklung der beiden letzten Jahre eine Atempause ein. Bei einer vergleichsweise robusten Mengenkonjunktur waren hier – vor dem Hintergrund von Lagerzyklen und deutlich ausgeweiteten Produktionskapazitäten – weltweit die Preise insbesondere bei Halbleiter-Bauelementen stark rückläufig.

Die Inlandsnachfrage nach elektrotechnischen Investitionsgütern für die Energie-, Automatisierungs- und Antriebstechnik stagnierte infolge der allgemeinen Investitionszurückhaltung und der schwachen Maschinenbaukonjunktur bis in den Herbst hinein. Das Geschäft mit elektrotechnischen Gebrauchsgütern war erneut leicht rückläufig, während die baunahen Bereiche der Installations- und Lichttechnik in Folge der schwachen Baukonjunktur deutliche Einbußen hinnehmen mußten. Insgesamt lagen die Auftragseingänge der Elektroindustrie aus dem Inland bei einem Minus von rund einem Prozent in den ersten neun Monaten bis ins dritte Quartal hinein unter dem Niveau des Vorjahres.

Weiter deutlich wachsende Exporte

Deutlich günstiger entwickelte sich das Auslandsgeschäft. Im ersten Halbjahr 1996 legten die deutschen Elektroausfuhren erneut um rund 6% auf 57 Mrd. DM zu. Hier hat auch die Korrektur der Überbewertung der D-Mark an den internationalen Finanzmärkten ihren Betrag geleistet, und zwar sowohl im direkten Handel mit den betroffenen Währungsgebieten als auch im internationalen Wettbewerb auf Drittmärkten, auf denen deutsche Unternehmen zum Beispiel mit US-amerikanischen, britischen oder italienischen Anbietern konkurrieren. Insbesondere auf den rasch wachsenden Märkten Südostasiens, Mittel- und Osteuropas und Lateinamerikas konnte die deutsche Elektroindustrie erneut hohe Zuwächse erreichen. So legten im ersten Halbjahr die Ausfuhren nach Südostasien um 19% auf 7 Mrd. DM zu, die nach

Mittel- und Osteuropa einschließlich der GUS sogar um 20% auf etwas über 5 Mrd. DM. Mittlerweile gehen mehr als ein Viertel der deutschen Elektroexporte in diese Wachstumsregionen.

Stärken und Schwächen im internationalen Wettbewerb

Die genauere Analyse zeigt: Über eine starke internationale Wettbewerbsposition verfügt die deutsche Elektroindustrie bei Infrastruktursystemen für die Energieversorgung, die Telekommunikation und den Schienenverkehr, bei Komponenten und Systemen für die industrielle Automation, in der Fahrzeugelektronik und in der Elektromedizinischen Technik. Schwächen sind hingegen bei kostensensiblen technologisch weltweit ähnlichen Massenprodukten in der Unterhaltungselektronik oder der Informationstechnik unübersehbar.

Aber auch in der regionalen Verteilung sind Defizite unverkennbar. Zwar nimmt Deutschland auf den europäischen Elektromärkten in der Regel eine Spitzenposition ein. In den meisten Staaten Osteuropas bewegt sich der Anteil Deutschlands am Elektroimport zwischen 25% und 50%. In den rasch wachsenden Märkten Südostasiens und Lateinamerikas sowie in den NAFTA-Staaten liegt er an den gesamten Elektroimporten jedoch – trotz der hohen Zuwachsraten – lediglich zwischen 1% und 5%. In einigen Ländern ist der Anteil an den Importen sogar weiter rückläufig. Allerdings verfügt die deutsche Elektroindustrie insbesondere in Südamerika über eine vergleichsweise starke Produktionsbasis.

Bis zum Jahr 2000 wird der Weltelektromarkt durchschnittlich um 6% bis 7% pro Jahr wachsen. Dabei werden die EU, die USA und Japan, auf die heute rund drei Viertel des Marktes entfallen, ihre führende Stellung behaupten. Hohe Zuwächse werden aber vorwiegend in den bevölkerungsstarken Regionen Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas zu erwarten sein. So ist der weitere Ausbau der Verkehrs-, Energieversorgungs- und Telekommunikationsinfrastruktur für eine Stabilisierung der eingeleiteten Modernisierungs- und Industrialisierungsprozesse unverzichtbar. Auch nimmt im Zuge des Industrialisierungsprozesses gerade in Südostasien die Nachfrage nach elektrischer Automatisierungstechnik vor dem Hintergrund der angestrebten weltmarktfähigen Produkt- und Qualitätsstandards und eines teilweise bereits spürbaren Mangels an qualifizierten Arbeitskräften rasch zu.

Gerade die sich entwickelnden Industrieländer Südostasiens werden zugleich als Standorte der Elektroindustrie immer attraktiver und aktiver. So erwarten Prognosen ein Wachstum der Elektroproduktion in Ländern wie China, Korea, Malaysia oder Thailand um mehr als 10% bis zum Jahr 2000. Bei allen regionalen Unterschieden folgen diese Länder mit einer deutlichen Konzentration auf elektronische und elektrotechnische Fertigungen damit dem Vorbild Japans.

Durch die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung legt der weltweite *Elektroaußenhandel* noch schneller als der Weltmarkt zu. Zwischen 1990 und 1995 wuchs er pro Jahr um rund 15%, also rund doppelt so schnell wie der Außenhandel insgesamt. Dies ist ein deutliches Indiz für die Dynamik des Globalisierungsprozesses in allen Bereichen der Elektroindustrie.

Globalisierung der Unternehmen

Auf die zunehmende Bedeutung neuer Märkte und auf die anhaltenden Defizite bei den Rahmenbedingungen am Standort Deutschland stellen sich die Unternehmen der deutschen Elektroindustrie mit einer konsequenten Internationalisierung aller Aktivitäten ein. So gingen 1996 mit rund 3 Mrd. DM mehr als ein Viertel der Gesamtinvestitionen der deutschen Elektroindustrie ins Ausland.

Konkrete Daten zu den Motiven und Strukturen der Globalisierung hat der ZVEI Ende 1995 in einer Umfrage bei seinen Mitgliedsun-

Rolf Steinmann/Günter Haardt (Hrsg.)
Die Bauwirtschaft auf dem Weg zum Dienstleister
Neue Anforderungen an das Baumanagement
1996, 89 S., brosch., 28,– DM, 204,– öS, 26,– sFr, ISBN 3-7890-4273-0
(Schriften der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 23)
NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden

ternehmen erhoben, an der sich mehr als 300 Unternehmen beteiligt haben[1]. Diese Unternehmen repräsentieren fast 80% des Umsatzes und rund zwei Drittel der Beschäftigten der deutschen Elektroindustrie. Die Zahl der im Ausland von diesen Unternehmen Beschäftigten stieg zwischen 1990 und 1995 um 37000 auf jetzt fast 300000. Zugleich nahm ihr Bezug von Vorleistungen und Fertigprodukten aus dem Ausland um rund 60% von 14,2 auf 22,7 Mrd. DM zu. Gerechnet mit deutscher Produktivität entspricht dies etwa 30000 Arbeitsplätzen. Die tatsächlichen Zahlen sind wahrscheinlich noch höher. Denn die Bezüge, die über inländische Vertriebsniederlassungen ausländischer Hersteller abgewickelt werden, sind in der Statistik nicht als Auslandsbezüge erkennbar.

Rechnet man die Umfrageergebnisse hoch, ergibt sich folgendes Bild: Zwischen 1990 und 1995 hat die deutsche Elektroindustrie direkt und durch Veränderung der Lieferbeziehungen 90000 bis 100000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Dies entspricht pro Jahr rund 2% der Gesamtbeschäftigten.

Weiter zeigt die Umfrage:

☐ Die Beschäftigtenentwicklung der einbezogenen Unternehmen am Standort Deutschland verlief insgesamt günstiger als die Gesamtentwicklung der Branche. Einem Rückgang um 250000 Arbeitsplätze oder 23% in der gesamten deutschen Elektroindustrie steht ein Rückgang um 16% bei den auslandsaktiven Unternehmen gegenüber. Die Verlagerung hat also offensichtlich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Inland beigetragen und damit die Sicherheit der verbliebenen Arbeitsplätze erhöht.

☐ Als Motiv für die Verlagerung von Arbeitsplätzen werden von rund 80% der Befragten die Lohnkosten vor der Markterschließung mit rund 65% genannt. Vergleichbare frühere Untersuchungen anderer Institutionen hatten als wichtigstes Motiv stets die Markterschließung ergeben. Auch die starke Bedeutung, die Mittel- und Osteuropa als Produktionsstandort seit 1990 gewonnen hat, läßt den Schluß auf vorrangig kosteninduzierte Verlagerungen zu. Insgesamt entfielen in den letzten fünf Jahren 38% der neu geschaffenen Arbeitsplätze auf Mittel- und Osteuropa und die GUS, 26% auf Südostasien, 19% auf Nordamerika und lediglich 14% auf die EU.

☐ Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen weichen aus Kostengründen verstärkt ins Ausland aus. So steigerten die 83 Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, die sich an der Umfrage beteiligten, ihre Beschäftigtenzahl im Ausland um 65%. Zugleich ging ihre Beschäftigtenzahl im Inland um 36% zurück.

Prognose für 1997

Auch für 1997 sind vor dem Hintergrund einer schwachen Inlandskonjunktur und der anhaltenden Kostenkrise am Standort Deutschland keine Indizien für eine raschere konjunkturelle Gangart in der Elektrotechnik und Elektronik erkennbar.

So lagen die *Auftragseingänge aus dem Inland* auch im dritten Quartal immer noch mit einem Minus von 0,5% leicht unter dem Vorjahresniveau. Auch die aktuellen Investitionsprognosen für das Jahr 1997 deuten im Bereich der elektrotechnischen Ausrüstungsgüter eher auf ein stagnierendes Inlandsgeschäft hin. Im Bausektor sind sogar weitere deutliche Abstriche zu erwarten. Bei den staatlichen Infrastrukturinvestitionen werden sich weiter die leeren öffentlichen Kassen bemerkbar machen. Im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur werden die Investitionen der neuen Netzbetreiber voraussichtlich nicht ausreichen, um den nach Abschluß der Digitalisierung des Netzes zu erwartenden Investitionsrückgang bei der deutschen Telekom AG auszugleichen.

Auf Wachstumskurs werden dagegen die Informationstechnik und das Privatkundengeschäft der Kommunikationstechnik insbesondere im Bereich der mobilen Kommunikation bleiben. So ist der Trend zum mobilen Telefon weiterhin ungebrochen. Das Bauelementegeschäft wird voraussichtlich im kommenden Jahr langsam wieder Tritt fassen. Erst mittelfristig sind hier wieder deutliche Zuwachsraten zu erwarten. Auch wird sich der Trend zum Elektronikeinsatz im Automobil weiter positiv bemerkbar machen.

Vom Inlandsmarkt im Bereich der Unterhaltungselektronik und der Elektrohausgeräte sind angesichts steigender Abgaben, einer hohen Ausstattungsdichte der privaten Haushalte und der weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit aus dem Inland kaum Impulse zu erwarten.

Erneut richten sich die Hoffnungen deshalb auf den Export. Zwar legten die Auftragseingänge aus dem Ausland im dritten Quartal mit einem Plus von 9% erneut deutlich zu. Ob das Auslandsgeschäft jedoch erneut dauerhaft an

[1] Eine Auswertung der Befragung „Globalisierung der deutschen Elektroindustrie – Beschäftigungseffekte im In- und Ausland" kann bei der Abteilung Konjunktur und Statistik des ZVEI angefordert werden.

Dynamik gewinnt, ist nicht gesichert. Auf dem westeuropäischen Markt ist für den Elektrobereich eine leichte Aufwärtsbewegung mit einem durchschnittlichen Plus von 1% bis 2% wahrscheinlich. Auf einigen wichtigen südostasiatischen Märkten gibt es einzelne Anzeichen für ein Abflachen der hochgespannten Wachstumserwartungen. Auch in Mittel- und Osteuropa sprechen die Indikatoren im kommenden Jahr eher für eine vorübergehende Wachstumsabschwächung.

Aus heutiger Sicht wird die deutsche Elektroindustrie deshalb im Branchendurchschnitt 1997 in der gleichen Größenordnung wachsen wie 1996, d.h. um 1-2%. Die Zahl der Beschäftigten wird angesichts der mit dem Einsatz der Mikroelektronik und der zunehmenden Bedeutung von Software verbundenen Produktivitätspotentiale sowie der angestrebten Produktivitätszuwächse von rund 5% weiter zurückgehen. Zugleich sind die steuer- und währungspolitischen Risiken dieser Prognose unübersehbar. Insbesondere bei der Unternehmensbesteuerung und bei den Lohnzusatzkosten müssen 1997 die Weichen für klare Kurskorrekturen gestellt werden, damit die deutsche Elektroindustrie mittelfristig wieder stärker vom Wachstum des Weltelektromarktes profitieren kann.

Hans-Jürgen Zechlin

Maschinen- und Anlagenbau – Vor einer neuen Belebung?

Für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau war das Jahr 1996 gemessen an seinen Erwartungen enttäuschend. In Deutschland wurde zu wenig investiert. Die konjunkturelle Belebung blieb daher aus.

Noch im Frühjahr, so die Konjunkturprognosen, sollte das Verarbeitende Gewerbe seine Investitionen gegenüber dem Vorjahr um real 5% ausweiten. An dem Bestelleingang im Maschinenbau läßt sich inzwischen klar ablesen, daß diese Pläne nicht einmal ansatzweise realisiert wurden. Die Inlandsnachfrage war kontinuierlich rückläufig. Die von Januar bis Oktober hereingenommenen Inlandsorders verfehlten das Vorjahresniveau preisbereinigt um 10%.

Weit weniger enttäuschend – aber dennoch unbefriedigend – entwickelte sich die Auslandsnachfrage. Hier lagen die Bestellungen der ersten zehn Monate um real 3% unter dem Vorjahresniveau. Die nachlassende konjunkturelle Dynamik im Ausland und die Wechselkursschwankungen vom Frühjahr 1995 haben hier ihre Spuren hinterlassen.

Daß der Maschinenbau sein Produktionsniveau gleichwohl halten konnte, ist im wesentlichen Ergebnis der Auftragsbestände aus dem Vorjahr. Das reale Umsatzplus von 4% für das erste Halbjahr 1996 wurde jedoch im zweiten Halbjahr weitgehend aufgezehrt. Am Jahresende sollte ein minimales Produktionsplus von einem Prozent übrigbleiben.

Die Kapazitätsauslastung sank im Zuge dieser Entwicklung von gut 87% auf 84%. An der Kapazitätsauslastung läßt sich ablesen, daß die forcierten Rationalisierungsinvestitionen im Maschinenbau auch einen deutlichen Kapazitätszuwachs brachten. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen im Verarbeitenden Gewerbe haben die Maschinenbauunternehmen in den vergangenen Monaten rege investiert. Die angeschlagene preisliche Wettbewerbsfähigkeit bestärkt die Unternehmen in ihren Restrukturierungsanstrengungen.

Rückschläge beim Ausnutzungsgrad mußten insbesondere solche Fachgruppen hinnehmen, die ganz oder teilweise von der Baubranche abhängen. Dazu gehören neben den Bau- und Baustoffmaschinen und den Gebäudearmaturen auch die Holzbearbeitungsmaschinen, die Fördertechnik und die Pumpen. Nur wenigen Fachzweigen gelang es, sich von dem rückläufigen Trend positiv abzuheben. Hierzu zählen die Hersteller von Hütten- und Walzwerkseinrichtungen, von Verfahrenstechnik sowie von Landmaschinen und Ackerschleppern.

Ungebrochene Rationalisierungswelle

Ein Ende des Arbeitsplatzabbaus ist nicht in Sicht. Im Dezember 1995 beschäftigte der Maschinenbau 980000 Personen. Im September 1996 gab es nur noch 955000 Arbeitsplätze. Das ist ein Minus von 2,6%. Dieser Stellenabbau läßt sich nicht allein mit den schlechteren Auftragseingängen erklären. Das Auseinanderdriften

von Produktion und Beschäftigung ist vielmehr das Resultat der ungebrochenen Bemühungen, die Kostenseite in den Griff zu bekommen. Allein die Belastung aus dem Tarifabschluß 1995 bescherte dem Maschinenbau einen Kostenschub von rund 10%, und das bei einem Personalkostenanteil in der Branche von 35%. Die Rationalisierungswelle läuft ungebrochen weiter.

Das ist in erster Linie, aber nicht nur, das Resultat einer verfehlten Tarifpolitik. Hierin drückt sich auch das mangelnde Vertrauen der Unternehmer in die Handlungsfähigkeit der politischen Entscheidungsträger aus. Im „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze" sowie im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" der Bundesregierung finden sich unbestritten zahlreiche langjährige Forderungen der Industrie wieder. Die unsäglichen Debatten sowohl innerhalb der Regierung als auch zwischen Regierung und Opposition sind jedoch kaum geeignet, Zuversicht bei den Unternehmern zu wecken. So ist ein „Entscheidungsstau" entstanden, dem manche wichtige Investition zum Opfer fällt. Die seit langem diskutierte und von den Politikern immer wieder angekündigte Unternehmenssteuerreform ist ein Beispiel. Ein anderes Beispiel ist die von den Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht durchgesetzte Reform der Lohnfortzahlung.

Ausblick

Ich bin hoffnungsvoll, daß sich die Dinge bessern. Konjunkturell spricht einiges dafür, daß sich die Investitionsneigung in Deutschland in den kommenden Monaten wieder beleben wird.

An den Devisenmärkten ist Ruhe eingekehrt. Die Kurse liegen jetzt wieder näher an den Kaufkraftparitäten, als das noch im Frühjahr 1995 der Fall war. Die Inflationsrate ist so niedrig wie schon lange nicht mehr. Die Geldpolitik ist nach wie vor expansiv.

Die Lohnabschlüsse sind volumenmäßig, bei aller Kritik an der Festschreibung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung, moderat ausgefallen. Im Metallbereich sind die Freiräume für individuelle Lohnvereinbarungen auf Betriebsebene größer geworden. Der Flächentarifvertrag ist nur noch Minoritätsvertrag.

Und schließlich besteht unverändert Rationalisierungsbedarf und damit potentielle Nachfrage nach neuen Maschinen.

Das alles schlägt sich offenbar im Geschäftsklima des Verarbeitenden Gewerbes nieder. Es fällt bereits seit Juli 1996 deutlich besser aus. Sowohl die Zukunftsaussichten als auch die aktuelle Lage werden optimistischer beurteilt als noch einige Monate zuvor. Bei einem Vorlauf dieses Frühindikators vor den Inlandsbestellungen von Maschinen von etwa vier bis sechs Monaten sollte deshalb die Inlandsnachfrage zur Jahreswende allmählich wieder auf Wachstumskurs einschwenken.

Auch im Hinblick auf die Auslandsbestellungen bin ich positiv gestimmt. Die Fortschritte in der Arbeitsteilung mit Osteuropa wirken sich nach wie vor günstig auf die deutsche Maschinenausfuhr aus. In großen Teilen Asiens ist weiterhin mit einem dynamischen, wenn auch etwas abgeschwächten Wachstum zu rechnen. In den USA könnte sich der Aufschwung fortsetzen.

Insgesamt setzt der Maschinenbau auf Belebung. Und wenn der Zug läuft, gewinnt er erfahrungsgemäß an Tempo. Erwartet wird ein Produktionsplus in einer Größenordnung von 2%.

Ertragsverbesserung ist dringend erforderlich

Die Achillesferse des Maschinenbaus ist und bleibt die mangelnde Ertragskraft der deutschen Industrie. Es ist töricht, auf hohe Gewinnzuwachsraten hinzuweisen, die allein dadurch zustande kommen, daß die Nettoumsatzrendite vorher nahe Null lag. Unbefriedigend ist auch, daß – wie das die deutsche Bundesbank tut – völlig veraltete Ertragszahlen veröffentlicht werden. Wir brauchen Gewinnzahlen vom Jahresende 1996 – nicht von Mitte 1994 oder 1995.

Die Ausrede, daß aktuellere Auswertungen nicht möglich sind, kann nicht gelten. Es gibt private Datenbanken, die Bilanzen bereits zwei Tage nach ihrer Veröffentlichung in ihren Datenbestand aufnehmen und auswerten. Aktienanalysten machen regelmäßig Gewinnvorausschätzungen. Prognosen auf Basis von Stimmungsindikatoren, beispielsweise des Ifo-Instituts, zeigen eine hohe Treffgenauigkeit.

Unsere langjährige Forderung an die Bundesbank, die Forschungsinstitute etc. lautet deshalb: Die Information über die Ertragslage der deutschen Wirtschaft muß aktueller und differenzierter werden. Allerdings müssen auch die Unternehmen aufgeschlossener werden.

Tatsache ist, daß das Gewinnniveau der deutschen Industrie vollkommen unzureichend ist. Nettoumsatzrenditen von aktuell etwa einem Prozent reichen nicht aus, um dringend notwendige Investitionen durchzuführen und Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden.